Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 107. | Dresden, Mittwoch den 12. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Bülows Spiel.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

„Wo bleiben die angekündigten Ersatzsteuern? Wo bleibt die gleichfalls angekündigte Erbanfallsteuer?“ — so hat man sich seit drei Wochen Tag für Tag fragen müssen, und mit jedem Tag, der ohne Antwort blieb, wuchs das Erstaunen, aber auch die Klarheit der Einsicht in den wirklichen Stand der Dinge. Die blockfreisinnige Presse hatte die Person des Reichskanzlers mit einem üppigen Legendenkranz umschlungen: er war der heimliche Kanzler des erwachten Liberalismus, der aufgeklärte, vorurteilsfreie Staatsmann, der nur auf die Gelegenheit wartete, an der Spitze seiner treuen liberalen Regierungstruppen den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. In Wirklichkeit war er einen Augenblick etwas anderes als der Vertrauensmann und gefügige Agent der Junker, der sich im Einverständnis mit diesen das große Verdienst erwarb, den Freisinn für die Armee der staatserhaltenden und nationalen Parteien gewonnen zu haben.

Man darf nicht glauben, daß Fürst Bülow, als er die Nachlaßsteuer in das Programm der Finanzreform aufnehmen ließ, auch nur im entferntesten an die Möglichkeit eines sich daraus ergebenden Konfliktes mit den Konservativen gedacht hätte. Erst spät schuf das Agitationsbedürfnis des durch und durch „vaterlandslosen“, ganz auf die Wahrung der Grundinteressen bedachten Bundes der Landwirte die schwierige Situation. Dazu kam, daß die Konservativen eine günstige Gelegenheit sahen, um sich gegen die Möglichkeit zu sichern, daß in der Frage des preußischen Wahlrechts im geringsten am Bestehenden gerüttelt werde. Bülows Rolle wurde nun eine höchst zweideutige. Nach außen hin vertrat er nur auf das lauteste die Regierungsvorlage, unter den Koulissen tat er alles, um die Konservativen in ihrem Widerstande zu ermutigen. Gerade in der Zeit, da eine lebhafte Bewegung für die Nachlaßsteuer durch die Bevölkerung ging und der Erfolg dieser Steuer leicht gesichert werden konnte, reiste der Kanzler nach Italien und begann, zurückgekehrt, seine bekannte antiparlamentarische Hetze. Während er seine „alten Freunde“ von der konservativen Partei streichelte, ließ er alle seine Kanonen gegen den Reichstag auffahren und versuchte mit allen Mitteln den Parlamentarismus im Volke zu diskreditieren. Daß er bei dieser Gelegenheit es wagte, die schüchterne „Hoffnung“ auszusprechen, seine „alten Freunde“ würden ihm schließlich doch die denaturierte Erbanfallsteuer bewilligen, mußte schon Staunen erregen, und die blockfreisinnige Presse benutzte natürlich auch gleich den willkommenen Anlaß, sich dem Kanzler für einen „Kampf gegen die Reaktion“ zur Verfügung zu stellen. Heute ist vollkommen klar, daß sich Fürst Bülow am 20. April nicht einmal so weit vorgewagt hätte, wenn ihm nicht die verbündeten Regierungen in einem vorübergehenden Anfalle von Energie den Rücken gesteift hätten.

Seitdem sind drei Wochen vergangen, und von den angekündigten neuen Regierungsvorlagen hört man noch immer nichts. Dafür hat man den Geheimrat, der die Professoren für die Erbschaftssteuer mobil gemacht hatte, den Junkern zuliebe aus dem Reichsschatzamt hinausgeworfen. Die oppositionelle Strömung in der konservativen Partei, die vor Ostern gänzlich zurückgedrängt schien, bekam wieder Oberwasser. Während die konservativen Führer Konferenzen mit dem Reichskanzler hielten, wurde der Widerstand der Partei gegen die verhaßte Steuer immer heftiger und schärfer. Schließlich sind es nur noch drei konservative Abgeordnete, die für die Erbschaftssteuer stimmen wollen. Und da sich — wir kommen damit zu den allerneuesten Ereignissen — der konservative Abg. Pauli-Potsdam für die Erbschaftssteuer erklärt, so kann ihm die Kreuzzeitung darauf erwidern:

Der Abg. Pauli wird wohl kaum in die Lage kommen, dies Versprechen einzulösen, da die verbündeten Regierungen schwerlich noch eine Vorlage einbringen werden, wie sie der Abgeordnete Pauli erwartet.

Es ist unmöglich, in wenigen Worten mehr Hohn und Uebermut des Siegers auszudrücken. Die Kreuzzeitung gebärdet sich wieder völlig als Beherrscherin der Situation. Nach wochenlangem Warten auf die vom Reichskanzler angekündigte Erbanfallsteuer erfährt man aus dem Munde der Kreuzzeitung, daß sie überhaupt nicht kommt.

Fürst Bülow wartet nur auf eine Gelegenheit, sich mit den Freisinnigen aufzulegen, weil sie ihm nicht genug indirekte Steuern bewilligen. Vielleicht gibt schon die Behandlung der Tabaksteuer in der Kommission Anlaß zu einem Skandal zwischen dem Kanzler und den liberalen Blockführern. Denn was Fürst Bülow heute will, ist einfach dies: den Freisinn aus dem Block hinausschmeißen und die Finanzreform ohne Erbschaftssteuer mit einer konservativ-ultramontanen Mehrheit machen. Nur ob er es kann, ist noch die Frage!

* * *

Die Wirrnis.

Die zuversichtlichsten Künder der politischen Situationen verzagen jetzt an ihrem Wissen. Auch Herr August Stein, der seit Bülows Herrschaft im Frankfurter demokratischen Blatte die Lichtlein leuchten ließ, die ihm Bülow angezündet, tappt völlig im Dunklen. In einem Artikel der Frankf. Ztg. Zur Lage ergeht er sich also in Mutmaßungen:

„Was nun? Eine bestimmte Antwort gibt es zurzeit darauf nicht, denn keiner der in Betracht kommenden Faktoren hat bis jetzt einen Entschluß gefaßt. Nur die sich bietenden Möglichkeiten lassen sich beurteilen. Es sind Stimmen laut geworden, die eine Vertagung der Finanzreform bis zum Herbst anraten. Das wäre keine Lösung, sondern eine Verschiebung. Im Herbst würde die Situation genau dieselbe sein, wenn nicht inzwischen Zufälle und Wunder eintreten. Und eine Verschiebung würde bedeuten, daß die wirtschaftliche und politische Ungewißheit und Beunruhigung um sechs Monate verlängert wird. Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen, die, wenn Erklärungen etwas gelten, sich auf eine wirklich gleichmäßige Besitzsteuer und speziell auf die Erbschaftssteuer festgelegt haben, können vor dem konservativ-agrarischen Widerstand zurückweichen und können die Finanzreform mit einer aus dem Zentrum und den Konservativen und vielleicht den andern Fraktionen der Rechten — sogar von einer Mitwirkung der Nationalliberalen wird schon gesprochen — bestehenden Mehrheit durchsetzen. Also eine konservativ-agrarische Finanzreform gegen die Linke, mit Besitzsteuern, die voraussichtlich in der Hauptsache den städtischen Besitz und das sogenannte mobile Kapital treffen würden. Ob das geschieht, und ob sich Bülow dazu entschließt, muß man abwarten. Wir wagen nicht zu prophezeien.

Der Reichstag kann aufgelöst werden. Die Regierung müßte dann, gestützt auf die Parteien der Linken, die bisher leider nicht einmal eine taktische Einheit sind, den Wahlkampf gegen Konservative und Zentrum führen und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur einen Wahlkampf, sondern bald auch einen zweiten, einen konsequenten Kampf gegen konservatives Agrariertum. Wahrlich die Aufgabe eines starken Mannes der Zukunft! Aber die Konservativen haben gewiß recht, wenn sie annehmen, daß der jetzige Reichskanzler dieser Mann nicht sein will und nach allen in Betracht kommenden Verhältnissen auch nicht sein kann. Und schließlich bliebe als letzte Möglichkeit der Rücktritt des Reichskanzlers übrig und seine Ersetzung durch einen Nachfolger, der ohne Einbuße an persönlicher Geltung eine Finanzreform mit den Konservativen machen kann. Für die Sache der Reichsfinanzreform würde dieser Rücktritt wenig bedeuten, für die Person und das Ansehen des Fürsten Bülow aber sehr viel. Wir kennen die Absichten des Reichskanzlers nicht, nehmen nach Lage der Sache und besonders auch im Hinblick auf die Abwesenheit des Kaisers an, daß er einen bestimmten Entschluß noch nicht gefaßt hat.“

* * *

Keine Reichswertzuwachssteuer.

An der Konferenz im Reichsschatzamt, die sich mit der Frage der Reichswertzuwachssteuer befaßte, haben u. a. die Oberbürgermeister der großen Städte und Vertreter der einzelnen Bundesstaaten teilgenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen besteht darin, daß die Frage der Reichswertzuwachssteuer durchaus noch nicht so weit geklärt sei, um eine Vorlage ausgearbeitet und dem Reichstage unterbreiten zu können. Einigkeit bestand darüber, daß das Ergebnis einer Reichswertzuwachssteuer ein derart schwankendes und ungewisses wäre, daß das Reich sich auf solche Einnahmen unter keinen Umständen stützen könne. Auch sind sowohl eine immer wachsende Anzahl Städte als auch verschiedene kleinere Bundesstaaten am Werk, die Wertzuwachssteuer für ihre Zwecke einzuführen. Je mehr die Wertzuwachssteuer aber in Gemeinden und in ganzen Bundesstaaten durchgeführt wird, desto schwieriger wird es für das Reich, sich diese Steuerquelle dienstbar zu machen.

Der Kampf der französischen Postbeamten.

Die Debatte in der Deputiertenkammer.

Paris, 11. Mai. Die Sitzung begann ruhig. Die Tribünen sind überfüllt. Präsident Brisson teilt mit, daß eine Interpellation Sembat-Willm eingelaufen sei wegen der sieben Dienstentlassungen, die der Minister gegen Beamte wegen Handlungen, die zu dem Dienst in keinen Beziehungen stehen, verfügt habe. Arbeitsminister Barthou verlangt, daß die Diskussion sofort stattfinde.

Sembat (Sozialdemokrat) steigt auf die Tribüne, um die Interpellation zu begründen. Er geht sogleich auf den eigentlichen Kern ein. Er erklärt die Bestrafung der gemaßregelten Beamten grundsätzlich für ungerecht. Er fragt: „Ist die These der Regierung überhaupt haltbar? Es handelt sich darum, ob ein Beamter, wenn er das Bureau verlassen hat, alle Rechte eines anderen Staatsbürgers besitzt, oder ob er eine Rechtsverminderung erfährt, ob er der Ueberwachung seiner Verwaltung, ja sogar der Staatspolizei unterworfen bleibt.“ (Beifall links.) Nach Ansicht des Redners ist der Beamte ebenso frei wie ein Handelsangestellter oder Bankbuchhalter nach seinen Dienststunden. Barthou habe nicht immer der Ansicht gehuldigt, die er heute vertritt. Es werde gut sein, wenn er klar heraussage, wie sein Standpunkt gegenüber den Beamten ist, damit nicht wieder Mißverständnisse und Irrtümer entstehen, wie es beim ersten Poststreik vorgekommen sei. Es scheine, daß der Deputierte Dreyfuß die Rolle eines Vermittlers zwischen der Regierung und den Beamten gespielt habe. Es scheine weiter, daß indirekte Versprechungen gegeben worden seien, die man jetzt vergessen habe. Die Beamten behaupten, daß sie überwacht und ausspioniert wurden, daß die Regierung heimlich eine Gelegenheit suchte, sich für die erlittene Schlappe zu rächen, und daß die Bestrafungen für die Reden am 1. Mai nichts anderes seien als ein Ausdruck dieser kleinlichen Rache. „Die Regierung wird geltend machen, daß die Beamten sich nur vor dem Disziplinargericht zu verteidigen brauchen, und daß sie sich ihrer Rechte begeben haben, als sie zur Verhandlung nicht erschienen. Allein diese Beamten haben die Rechte ihrer Genossen verteidigt, als sie so ihre Rechte zu schädigen schienen. Sie wollten zeigen, daß es der Regierung nicht zusteht, über privaten Meinungen freier Männer zu Gericht zu sitzen. (Beifall.) Auf diese Frage kommt es vor allem an. Wir haben darüber zu entscheiden, ob die Beamten eines freien Staates unfreie Diener oder unabhängige Männer sein sollen.“ (Beifall bei den Sozialisten.)

Nach Sembat ergreift Paul Deschanel das Wort. Wenn ein Mensch in den Staatsdienst tritt, darf er nicht mit denen fraternisieren, die den Staat befehden. Der Beamte schließt einen stillschweigenden Vertrag mit der Gesellschaft. Sie erkennt ihm gewisse Rechte zu, verlangt aber dafür Erfüllung bestimmter Pflichten. Wird dieser Vertrag einseitig verletzt, so hat die Gesellschaft das Recht, sich zu schützen. Sache der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß die Auseinandersetzungen, die in dieser Hinsicht nötig werden, sich möglichst friedlich vollziehen. Es ist jetzt Mode, schlecht vom Parlament zu sprechen. Aber man vergesse nicht, daß in einer Republik, wenn sie das Parlament vernichtet, gewöhnlich die Diktatur folgt. Vor zwei Gefahren hat sich die Republik in dieser Krise zu hüten: vor der Demagogie und dem Cäsarismus.

Der Deputierte Willm (Soz.) geht im einzelnen alle die Vorwürfe durch, die gegen die gemaßregelten Postbeamten erhoben werden. Willm fragt den Deputierten Dreyfuß direkt, was Clemenceau ihm gesagt habe, und ob die Postbeamten berechtigt waren, an die Versprechungen zu glauben.

Dreyfuß: Am 20. März kamen einige Ausständige zu mir, um mich um Rat zu fragen. Ich habe den Besuch in keiner Weise veranlaßt. Sie sagten mir, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen möchten. Ich begab mich darauf zu dem Ministerpräsidenten und erklärte ihm, daß ein Teil der Beamten mit ihm in Verbindung treten wollte. Herr Clemenceau war bereit, sie zu empfangen, vorausgesetzt, daß sie von ihren Genossen zur Verhandlung ermächtigt wären und von ihm keine festen Zusagen verlangten, da er ohne Befragung der Kammer nichts machen könne. Ich habe mich darauf beschränkt, diese Erklärung an eine Abordnung von vier Postbeamten weiterzugeben, unter denen sich auch Herr Subra befand. Was ich getan habe, geschah im Interesse des Friedens. Hinzufügen möchte ich jedoch heute, daß nach den Worten, die Minister Barthou auf der Tribüne im März gesprochen hat, die Entlassung der Postbeamten begreiflich ist. Barthou sagte, die Reorganisation des Dienstes sei die Frage von morgen. Erst müsse der Dienst wieder aufgenommen werden. Der Dienst ist aufgenommen worden. Zwei Monate sind seitdem vergangen, und ich glaube, daß die verheißene Reorganisation nunmehr die Frage von heute ist.

Deputierter Benoist: „Ich bitte Herrn Dreyfuß, uns zu sagen, ob die Stelle in dem heute veröffentlichten Protokoll richtig ist, die sich auf Versprechungen über eine Amtsentfernung des Herrn Symian bezieht.“

Dreyfuß: Das Protokoll ist zwei Monate alt. Wie mir scheint, ist es in manchen Punkten ungenau. (Bewegung.)

Benoist: Danke! Das genügt mir!

Im Namen der Regierung ergreift Minister Barthou das Wort: Was die Regierung versprochen, hat sie gehalten; aber was sie nach Ansicht ihrer Gegner nicht ausgeführt haben soll, das hat sie auch nie versprochen. (Bewegung.) Am 4. April haben Beamte eine ausführliche Tagesordnung über ihre Absichten angenommen und beim Auseinandergehen die Internationale angestimmt. Am 4. April haben Briefträger in Uniform sich mit den Bauarbeitern verbrüdert und mit Beifall die Aufforderung des Herrn Poetot begrüßt, sich der allgemeinen Arbeitervereinigung anzuschließen. Pataud fordert die Beamten zu Taten auf. Ein ganzer Feldzug wird gegen die Regierung und das Parlament organisiert. Am 6. April wird in Paris eine Tagesordnung angenommen, die direkt gegen das Parlament gerichtet ist. In Rouen hält ein Briefträger in Uniform in einer Versammlung eine Rede, in der folgende Worte vorkommen: „Wenn ein Krieg ausbricht, wird mir der Staat meine Kinder nicht entreißen. Ich habe kein Vaterland. Mein Vaterland ist geschichtlich genommen der Ort, wo ich geboren bin, aber meine Ueberzeugung erkennt keine Grenzen an.“ Das, meine Herren, sagt ein Beamter in Uniform. Daß wir es nicht dulden, wenn am 1. Mai ein Postbeamter dazu auffordert, die Forderungen der Proletarier durch eine gemeinsame Aktion gegen die Arbeitgeber, das Kapital und die Behörden durchzusetzen! das sind Meinungsdelikte, sagt Herr Sembat, außerhalb des Dienstes hat jeder das Recht seiner Ueberzeugung. Deshalb haben die sieben Beamten es abgelehnt, sich vor dem Disziplinargericht zu verantworten. Ich bin neugierig, ob die Kammer sich diese Logik zu eigen machen wird. Ich für meinen Teil glaube nicht daran, daß der Beamte bis 6 Uhr abends gern und pflichtgetreu seine Arbeit für den gleichen Staat tun wird, den er nach 6 Uhr abends mit Schmähungen überhäuft. Ich glaube vielmehr, daß ein Beamter mit einem Arbeiter des Privatbetriebes gar nicht verglichen werden kann. Ein Arbeiter kann zu Zeiten arbeitslos sein, ein Beamter hat sein gesichertes Einkommen. Ein Arbeiter muß schon ungewöhnlich geschickt sein, wenn er höher steigen will, der Beamte klimmt allmählich die Stufen zur besseren Tätigkeit hinauf, die Arbeiter haben leider bei uns noch keine Pension, der Beamte hat eine Beihilfe für sein Alter. Für solche Rechte muß es auch Pflichten als Gegengewicht geben. Mögen sie urteilen wie Sie wollen, eine Regierung hat auch eine

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG